



Abschlussdokument der Dialogtagung und der Delegationsreise 2022

Am 7. Mai fand in Aachen die III. Dialogtagung des Diözesanrates der Katholiken im Bistum Aachen statt. Gemeinsam mit unseren Partner:innen aus Kolumbien diskutierten wir die Folgen der Corona-Pandemie mit Blick auf die Verteilung von Reichtum und Armut, die Situation von Kindern und Jugendlichen und die Auswirkungen der Pandemie auf die Menschenrechtslage und die Umsetzung des Friedensvertrages in Kolumbien.

Mit diesem Abschlussdokument der Dialogtagung und des Besuchs der kolumbianischen Delegation formulieren wir Forderungen auf Grundlage der geführten Diskussionen mit Fachpersonen aus verschiedenen NGOs wie Oxfam, KatHo NRW Abt. Aachen, Concern Universal Colombia sowie mit Vertreter:innen indigener Gemeinschaften in Kolumbien.

Die Pandemie hat die soziale Ungleichheit in Kolumbien und Deutschland evident vergrößert. Besonders betroffen sind hierdurch Kinder, Jugendliche und vor allem Alleinerziehende und Frauen.

Gleichzeitig hat sich der Reichtum der zehn reichsten Menschen im Verlauf der Pandemie verdoppelt. Diese Entwicklung offenbart die Perversionen des neoliberalen / kapitalistischen Weltwirtschaftssystems. Es gibt wenige Gewinner*innen und viele Verlierer*innen. “The global financial system was designed by the rich & powerful to benefit the rich & powerful. It is cruel logic sustains inequalities, rather than fostering development.” (António Guterres, Generalsekretär der Vereinten Nationen, März 2022).

Als Verlierer:innen gelten in Kolumbien vor allem die rund 45 % der Gesamtbevölkerung, die im informellen Sektor arbeiten, um ihre Familien zu ernähren. Mit Beginn der Pandemie und dem Einsetzen der Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung der Pandemie waren ihre Einkommensquellen nach mehreren harten Lockdowns versiegt. Diese Entwicklungen verstärken wiederum soziale Spannungen und befeuern gesellschaftliche Unruhen. In Kolumbien führten die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie zu Massenprotesten, Nationalstreiks und einer ausufernden Polizei- und Militärgewalt. Hauptkritikpunkt war die Lastenverteilung der Pandemiebekämpfung, die vor allem zu Lasten der Unterschicht und Mittelschicht und zu Gunsten großer Konzerne und Banken durchgeführt wurde. Im Zuge massiver Gewaltanwendung durch Polizei und Militär sind dutzende junger Menschen getötet und zum Teil regelrecht hingerichtet worden. Mitten in der Pandemie häuften sich auch die Morde an Friedensunterzeichner:innen (ehemalige FARC Mitglieder, die den Friedensvertrag unterstützen), sozialen und ökologischen Führungspersonlichkeiten wie die der indigenen Gemeinschaften und Bauern, die sich für Land, Umwelt, Frieden und gerechte Ansprüche im sozialen Rechtsstaat einsetzten.

Der Friedensprozess ist gänzlich zum Erliegen gekommen. Vielmehr hat die kolumbianische Regierung während der Pandemie massiv in Polizei und Militär investiert. Das Geld hierfür stammt auch aus verschiedenen Sonderfonds für Friedensprogramme wie dem „Fondo Multidonante“ der Vereinten Nationen. Dieses Geld sollte vor allem der Umsetzung des Friedensvertrages und der Stärkung der Zivilgesellschaft genutzt werden und nicht zur Ausrüstung der Polizei. Außerdem hat die kolumbianische Regierung den Institutionen und Gremien, die mit der Umsetzung der im Friedensabkommen vorgesehenen Schlüsselreformen beauftragt sind, die politische und wirtschaftliche Unterstützung verweigert.

Ein weiterer Aspekt, der inmitten der Pandemie eine Rolle spielt, ist die Umweltproblematik. Die Pandemie ist vermehrt zum Anlass genommen worden, eine große Zahl von Umweltlizenzen für den Bergbau zu erteilen. So stieg das Ausmaß der Waldrodung im Jahr 2021 im Vergleich zu 2020 um 53 %. Pilotversuche zum Fracking wurden genehmigt und Umweltvorschriften gelockert, um das Wirtschaftswachstum unter dem Druck des nationalen und vielleicht auch multinationalen Privatsektors zu fördern. All diese Fragen bedrohen das Überleben der indigenen Völker.

Aufgrund dieser Erfahrungen unserer Partner:innen aus Kolumbien fordern wir gemeinsam:

- Das Aussetzen des deutsch-kolumbianischen Militärkooperationsvertrages bis zur Klärung folgender Vorwürfe:
Rückkehr zur Praktik der Falsos Positivos – erneut gab es am 22.04.2022 ein Massaker von Seiten des Militärs an der Zivilbevölkerung unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung, durch militärische Einheiten ohne Kennzeichnung.
Die Klärung der Verbindungen und Verwicklungen von Offizieren mit Aktionen von Paramilitärischen Einheiten.
Die Verwicklungen von hohen Offizieren und Menschen aus der Politik in Drogengeschäfte
- Exportverbot von Klein- und Handfeuerwaffen an den kolumbianischen Staat, da dieser nicht in der Lage ist, den Verbleib der Waffen zu kontrollieren.
- Die Zerschlagung der Drogenkartell-Strukturen und hier vor allem die Offenlegung der Verbindungen in Justiz, Politik, Militär und Polizei. Noch immer gelten rund 20 % des BIP als Resultat Drogenhandels und als einträgliches Geschäft.

Um die soziale Ungleichheit und die ungerechte Verteilung von Reichtum zu bekämpfen, fordern wir gemeinsam mit unseren kolumbianischen Partner:innen:

- Eine wirksame Besteuerung von Reichtum und das Schließen von Steuerschlupflöchern.
- Eine Gewinnobergrenze internationaler Konzerne.
- Eine internationale Unternehmenssteuerbesteuerung ohne Ausnahmen.
- Steuerpflicht für internationale Konzerne in den Ländern ihrer unternehmerischen Tätigkeit
- Eine Abkehr von einer neoliberalen und kapitalistischen Wirtschaftsordnung hinzu einer solidarischen und gemeinwohlorientierten Marktordnung.
- Die Demokratisierung von Kapital und Konzernen.
- Ein internationales Lieferkettengesetz für nachhaltige und sozial gerechte Wirtschaftskreisläufe.
- Eine Transparenz der Kapitalflüsse und wirksame Maßnahmen gegen Korruption.
- Marktdominanz einzelner Konzerne beenden.

Gefördert durch die



**STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN**